

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

24.04.2020

Regierungserklärung unter Covid-19 Bedingungen

Nach dem Lock Down beginnt nun die Phase der Wiedereröffnung der deutschen Wirtschaft. In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages stellte die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, in ihrer [Regierungserklärung](#) die Menschen auf eine lange Zeit der Beschränkungen wegen der Corona-Krise ein: "Wir erleben ernste Zeiten und werden auf eine Bewährungsprobe gestellt, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gab", sie dankte in ihrer Rede den Mitgliedern des Bundestags, die Finanzhilfen in bislang "unvorstellbaren Höhen" beschlossen haben, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Bürgerinnen und Bürger schnell abzufedern.

Allerdings machte die Kanzlerin ihre Sorge über ein vorschnelles Vorgehen bei Lockerungen in einzelnen Bundesländern deutlich, die sie als zu „forsch“ bezeichnete. Sie mahnte in diesem Zusammenhang: „Lassen Sie uns jetzt das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren. (...) Wenn wir gerade am Anfang dieser Pandemie die größtmögliche Ausdauer und Disziplin aufbringen, dann werden wir in der Lage sein, schneller wieder wirtschaftliches, soziales und öffentliches Leben zu entfalten, und zwar nachhaltig.“ Die Maßnahmen seien nur dann akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe transparent und nachvollziehbar seien. In erster Linie komme es darauf an, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Von den Menschen erbat die Kanzlerin weiterhin Ausdauer und Disziplin bei der Einhaltung der Kontaktbeschränkungen, von den Bundesländern Zurückhaltung bei Lockerungen. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus mahnte auf die Menschen Rücksicht zu nehmen, die gesundheitlich vorbelastet sind. In der Pandemie treffe man Entscheidungen nicht nur für sich alleine.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Einbußen, die die Corona-Pandemie mit sich bringen wird, lässt sich noch nicht seriös beziffern. Der Bundestag hat bereits zahlreiche [Rettungsschirme](#) für die Wirtschaft, das Gesundheitssystem sowie Familien aufgespannt und plant weitere [Hilfsmaßnahmen](#). Ralph [Brinkhaus](#) erinnerte daran, dass diese Hilfen auch irgendwann bezahlt werden

müssen. Daher dürfe man „nicht Maß und Mitte verlieren“. Für die Unionsfraktion betonte er: „Wir verstehen uns als Hüter der fiskalischen Solidität auch in Zeiten der Krise.“ Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg, pflichtete ihm bei. Niemand könne davon ausgehen, dass die Einnahmesituation des Bundes nach Corona so sein werde wie zuvor. Gleichzeitig betonten sowohl Angela Merkel, als auch Ralph Brinkhaus, ihre Solidarität mit den EU-Ländern, die von der Coronavirus-Pandemie besonders hart betroffen sind. Über den Europäischen Rat wird nun ein Hilfspaket von über 500 Milliarden Euro diesen Staaten, den notleidenden Unternehmen und den Kurzarbeitern zugutekommen. Daneben ist ein Wiederaufbaufonds für die Zeit nach der Pandemie geplant. Die genauen Details zu dem geplanten Fonds sind allerdings noch nicht ausformuliert. Die EU-Kommission soll nun bis Mitte Mai ein von allen akzeptiertes Modell auszuarbeiten. Jedoch müsse man bereit sein, „im Geiste der Solidarität deutlich höhere Beiträge zum europäischen Haushalt zu leisten, denn wir wollen, dass sich alle wieder erholen können“, stellte die Kanzlerin klar.

Mit anderen Worten: Der Gesundheitsschutz von Bevölkerung und Risikogruppen genießt für uns Christdemokraten weiterhin oberste Priorität. Gleichzeitig sehen wir auch die negativen Auswirkungen der Kontaktsperre auf Unternehmen, Arbeitnehmer, Familien, Schulen und Vereine. Es ist gut, dass mit vorsichtigen Lockerungen des öffentlichen Lebens begonnen werden konnte. Wir brauchen für das Wiederhochfahren unserer Gesellschaft die gleiche Geduld und Disziplin wie für das erfolgreiche Senken der Infektionsgeschwindigkeit in den letzten Wochen. Wenn uns das gelingt, dann glückt uns auch dieser wirtschaftliche und soziale Neustart.

Wir mussten in den vergangenen Wochen schnell und pragmatisch handeln. Wegen der Pandemie kam der Bundestag in dieser Woche zu verkürzten Sitzungen zusammen. Klar ist, dass das Parlament vollumfänglich arbeitet und die Regierung kontrolliert. Es gibt keine Schnellverfahren und es werden auch Themen jenseits der Bekämpfung des Coronavirus behandelt.

Passende Förderprogramme finden

Obwohl es inzwischen viele staatliche Hilfs- und Förderprogramme gibt, fühlen sich zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer im Dickicht der Maßnahmen und Möglichkeiten verloren. Die Bundesregierung, die Bundesländer und die Europäische Union haben im letzten Monat umfangreiche Programme aufgesetzt und gesetzliche Regelungen flexibilisiert; es gibt für den Mittelstand (KMU) Dutzende von Instrumenten zur Sicherung der Liquidität sowie diverse Notkredite. Doch hier liegt auch ein Dilemma für viele kleinere "Macher": Sie sind im operativen Geschäft und mit der Sicherung ihrer jeweiligen Unternehmung beschäftigt und sehen in der Vielzahl der staatlichen Hilfs- und Förderprogramme oft ein schwer zu durchdringendes Dickicht von Maßnahmen und Möglichkeiten. Die Gefahr: Gerade dieser durch Corona besonders betroffenen Gruppe können so wichtige staatliche oder private Förderungen entgehen. Die bereits abzusehende Weiterentwicklung der Förderlandschaft macht es noch schwieriger, den Überblick zu behalten. Dieses Problem haben die Initiatoren der MACHER HILFE, die drei Berliner Gründer und Unternehmer vor drei Wochen erkannt und sofort ein 30-köpfiges Team aus Gründern, Strategen, Entwicklern, Programmieren, Kreative und Designer an den Start gebracht und innerhalb von 10 Tagen die gemeinnützige Navigations-Plattform MACHER HILFE gestartet. unter <http://www.macher-hilfe.de> ist ein sich ständig weiterentwickelnder Online-Navigator erreichbar, der es Unternehmern, von der freien Designerin bis zum Gastronomen, von der Friseursalon-Besitzerin bis zum Spediteur, von der Event-Organisatorin bis zum Reinigungsunternehmer, ermöglicht, die Suche nach der individuell passenden Hilfe und den dazu nötigen Formularen zu erhalten. Ziel der gemeinnützigen Initiative ist es, Unternehmensinsolvenzen zu vermeiden und den Mittelstand als Motor der Entwicklung in seiner Vielfalt zu erhalten. Die Initiatoren wollen nicht nur Transparenz in die Leistungen der öffentlichen Hand bringen und Informationen bündeln. Ein weiteres zentrales Anliegen der Plattform ist die Analyse individueller Bedürfnisse und Probleme der Hilfesuchenden, um dafür konkrete Inhalte und Lösungen zu kuratieren, etwa durch Frage-und-Antwort-Sessions mit Fachanwälten per Live-Videostream. Die Ergebnisse dieses Prozesses und der Umfragen werden zudem in den öffentlichen und politischen Raum zurückspeilt, um dem Gesetzgeber Anregungen für Verbesserungen und Anpassungen der verschiedenen Programme zu geben. Als Unterstützer des Projektes haben die Initiatoren die Generali Deutschland, den zweitgrößten Erstversicherungskonzern auf dem deutschen Markt, gewonnen.

Maßnahmen-Infos aus dem BMWi

Informationen zu Maßnahmen der gesamten Wirtschaft von klein bis groß, auch für Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern, um mit der Extremsituation umzugehen, finden sich auf der Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft, unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Coronavirus/kleine-mittlere-grosse-unternehmen.html> (BMWi)

Dorfplausch 2.0

Dorfplausch nun auch digital, so die Idee der „Digitalen Dörfer“. Die App des Fraunhofer Instituts setzt auf Vernetzung und Austausch ländlicher Regionen. Zehn Kommunen haben seit Ende März ihre eigenen sozialen Netzwerke bekommen - im Rahmen des vom Fraunhofer Institut entwickelten bundesweiten Projekts „Digitale Dörfer“ (<https://www.digitale-doerfer.de/>). In der Corona-Krise entdecken nun mehrere Bundesländer die digitale Vernetzung für sich und führen das Angebot ein. Herzstück ist die kostenlose App „DorfFunk“: Sie dient als Plattform für Nachrichten aus der Region und Pinnwand für Biete/Suche-Anzeigen oder Hilfsangebote. Sogar der Dorfplausch kann mittels einer Chatfunktion stattfinden. Gerade in der aktuellen Lage erweise sich das als Glücksfall. Einkaufen für andere, Fahrten zum Arzt oder zur Apotheke - über die Plattform setzen die Bürger sich unkompliziert direkt miteinander in Verbindung ohne anderen Daten von sich preisgeben zu müssen. Wer kein Smartphone hat, für den hat die Verbandsgemeinde eine Hotline geschaltet. Das Team stellt das Anliegen des Anrufers in die App und meist gibt es innerhalb von Minuten eine Antwort. Ein Plus: Keine lange Bindung, dafür direkter Einsatz - das Konzept komme dem allgemein Trend sich zu engagieren entgegen. Außer von Einzelpersonen wird vielfach von Gruppen gefunkt, etwa Feuerwehr, Musikverein oder Kirche. Mit der App können sie günstig ihre Veranstaltungen und Angebote bewerben und sich in Gruppen organisieren. Auch rund 150 Bürgermeister stellen ihre Infos ein. Andere sehen auf einen Blick, was im Dorf los ist. Im Zuge der Corona-Krise haben nun mehrere Bundesländer die App für sich entdeckt. Seit Anfang April verzeichnete das Fraunhofer Institut bundesweit rund 17.000 neue Nutzer. Allerdings geht das Konzept nur mit reger Beteiligung in den Gemeinden auf. Nachdem die App nun schlagartig freigeschaltet wurde ist mancherorts kaum etwas los. Das soll sich ändern. Doch weil auch analoge Werbeveranstaltungen derzeit wegfallen, bietet das Fraunhofer Institut kurze Erklärvideos auf Youtube (<https://www.youtube.com/watch?v=fyklFK1fDJ8>) an, um Nutzer von den „Digitalen Dörfern“ zu überzeugen. (KNA)

Zitat

„Dieses Zwischenergebnis ist zerbrechlich. Wir bewegen uns auf dünnem Eis, man kann auch sagen: auf dünnstem Eis.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zur Corona-Krise. dpa)